



1

ISR-Stadt +Raum

Memeler Straße 30  
42781 Haan

per Fax ~~an~~ an 02129-566-20916

Bund für Umwelt -und  
Naturschutz LV NW  
Ortsgruppe Hilden  
Dieter Donner  
Kirchhofstraße 28  
40721 Hilden  
Tel. 02103/65030

Hilden, den 30.04.2009

Betr.: Vorhabenbezogener B-Plan Nr.73 A, 6. Änderung (VEP Nr. 13)  
Beteiligung des BUND als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst weisen wir daraufhin, dass die vorgelegte Planung für eine Stellungnahme nur eine unzureichende Basis bildet. Es fehlt noch komplett der Umweltbericht und gerade die unter

### **9. Eingriff in Boden, Natur und Landschaft**

formulierten Aussagen sind zu allgemein und so für uns nicht nachvollziehbar. Es fehlt völlig die Einbeziehung der vorhandenen Grünen Lunge ( der vielen Bäume ), die zunächst einmal in eine Bestandsaufnahme gehören. Erst danach sollte die technisch, architektonische Beurteilung und möglichst vollständige Einplanung erfolgen. Hier sollte es darum gehen, den Platzcharakter als Begegnungsstätte zu stärken. Dies erscheint in dem vorliegenden Entwurf versäumt zu sein; jedenfalls ist davon nichts erkennbar.

Bezüglich Artenschutz weisen wir darauf hin, dass in einem solchen öffentlich, kirchlichen Raum der Schutz der Mitgeschöpfe sich nicht nur an gesetzlichen Mindeststandards orientieren sollte. Es sollte auch betrachtet werden, welchen Arten bietet das Konzept Lebensraum und damit ein Miteinander mit den Raumansprüchen der Menschen. Hinsichtlich des dortigen Zwergfledermausvorkommens fordern wir eine genaue Erfassung des Bestandes und der Nutzungsarten der jetzigen Fortpflanzungs – und Ruhestätten. Dazu erwarten wir auch im Umweltbericht eine Ersatzplanung schon für die Bauvorbereitungs- und Realisierungsphase.

Wir gehen hier in der weiteren Planung auch von einer weiteren zeitnahen Beteiligung aus, da wir ein neues Konzept in diesem Bereich durchaus positiv sehen und eine schnelle, sinnvolle Realisierung weder behindern noch verzögern wollen.

Zur **Art und Maß der baulichen Nutzung** fehlen ebenfalls hinsichtlich der Vorgaben zum Klimaschutz noch die meisten Angaben; deshalb erlauben wir uns, auch hier an den folgenden Beschluss zu erinnern.

1

Vom Rat der Stadt Hilden ist am 21.11.07 als „Maßnahmenkatalog Klimaschutz“ folgendes beschlossen worden: *„Bei Vorhaben- und Erschließungsplänen (Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen) wird die Verwaltung verpflichtet, im Rahmen der mit den Vorhabenträgern zu schließenden Durchführungsverträge die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen festzuschreiben.*

*- Hierbei kann es sich – je nach Projekt – um verschiedene Maßnahmen handeln, vom Einsatz der aktiven und passiven Sonnenenergienutzung über erhöhte Wärmedämmungsstandards bis hin zu klimaschützenden Heizungs- oder Klimatisierungstechnologien.*

*- Ein über einen VEP umzusetzendes Projekt würde so auch zwingend Klimaschutz-Aspekte enthalten.“*

Dies ist in dem vorliegenden Entwurf noch nicht berücksichtigt; das sollte allerdings in der weiteren Bearbeitung geschehen. Hierzu möchten wir noch Folgendes ergänzen:

- a. Es wird ein erhebliches zusätzliches Bauvolumen geplant. Wir regen an, dies auch unter Klimaschutzgesichtspunkten zu überdenken.  
Jede Ausweitung der Bebauung sollte auf jeden Fall – gemäß der o.g. Zielsetzung – nicht dazu führen, dass Emissionen und Immissionen zunehmen, sondern Reduzierungen erreicht werden, die sich im übrigen auch in der Zukunft positiv auf die Wirtschaftlichkeit des Projektes auswirken werden.
- b. Energetisch ist das Gebäude so zu planen, dass es als Energieproduzent vorgesehen wird und kein neuer CO<sub>2</sub>-Emittent wird. Durch viele bauliche Maßnahmen in den Wand-, Decken- und Fensterbereichen kann alleine schon der Nullenergiestandard erreicht werden. Auch die Nutzung von Geothermie und/oder BHKW dürfte bei der Größe der Gebäude wirtschaftlich sinnvoll möglich sein und eine entsprechende Prüfung ist auf jeden Fall für die neuen Gebäude zu fordern. Es wäre auch sinnvoll, bestehende Gebäude in solche Konzepte einzubeziehen.

Zu den sonstigen Umweltauswirkungen sind sicher weitere Untersuchungen notwendig und geplant. Insbesondere in Hinblick auf Lärmschutz, Bodenschutz und Wasserrichtlinien ist danach nochmals eine Stellungnahme von uns geplant.

Dies bitten wir als erste Stellungnahme anzusehen, die nicht abschließend sein kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Donner

Für die Ortsgruppe des **BUND**

1. Auflage

# Innenstädte heizen sich auf

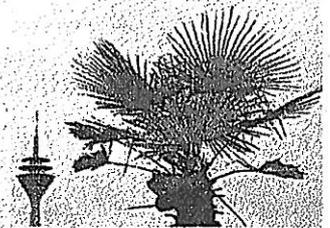
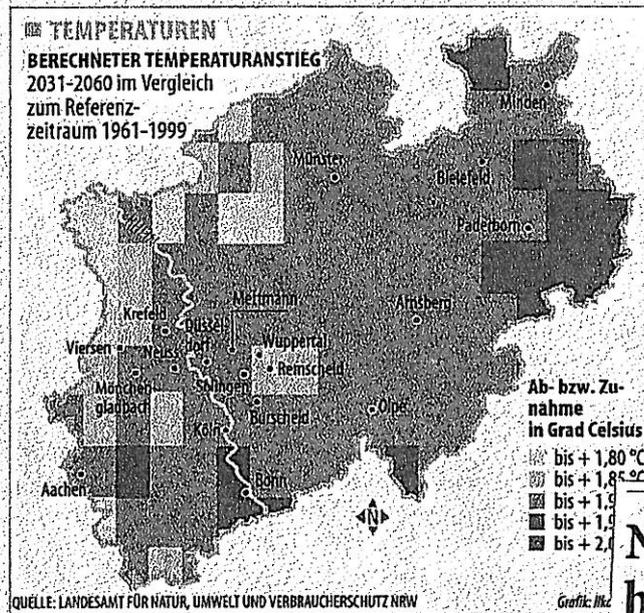
**PROGNOSE** Eine neue Studie bestätigt die Wucht des Klimawandels in NRW. Kritik an der Landesregierung.

Von Frank Uferkamp

Düsseldorf. Das Ruhrgebiet als Glutofen, Skifahren im Sauerland nur noch eine ferne Erinnerung, Stürme im Siegerland, Starkregen im Bergischen Land – so sieht das Klimaszenario für Nordrhein-Westfalen aus, das vom Potsdam Institut für Klimaforschung für die Landesregierung entworfen wurde. Diese Entwicklung wurde schon häufig aufgezeigt, nun aber liegt eine wissenschaftliche Arbeit in komprimierter Form vor. „Wir nehmen das äußerst ernst und bereiten uns auf die Veränderungen vor“, sagte gestern NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) bei der Präsentation des Berichts.

**Einen gesetzlich verordneten Klimaschutz lehnt der Minister ab**  
Höhere Deiche an den Flüssen, ein Ausbau der Kanalisationen und Versuche mit neuen Baumarten – das ist ein Teil der Maßnahmen, auf die Uhlenberg setzt. Eine schärfere Gangart, also eine gesetzliche Vorgabe für Industrie, Landwirtschaft und auch Privatleute, lehnt er ab. „Von Zwang halte ich nichts.“ Das gelte zum Beispiel auch für die Forstbesitzer, die das Land nicht zwingen könne, sturmefeste Baumarten anzupflanzen. Hier könne man aber über die Förderprogramme Einfluss nehmen.

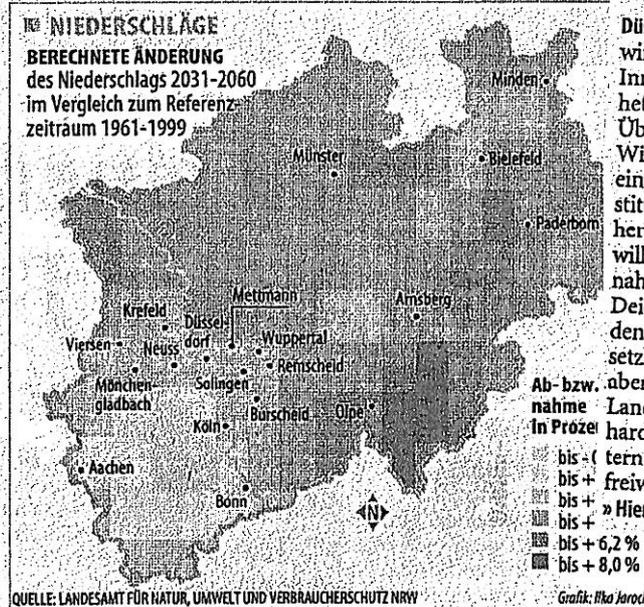
Diese Politik der freiwilligen Vereinbarungen will Uhlenberg auch im Umgang mit der Stromwirtschaft fortsetzen. Die sei zwar mit einem jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 300 Millionen Tonnen „Deutschlands Klima-Sünder Nummer 1“. Doch gelte die Absprache, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu mindern, so Uhlenberg. Er ermunterte zudem die Kommuni-



Der Klimawandel ist schon da: Eine Palme am Düsseldorfer Rheinufer. . .



**NRW droht heißes Klima**  
30.4.09 WZ



Düsseldorf. Der Klimawandel wird in NRW für sehr heiße Innenstädte im Sommer und heftige Niederschläge und Überschwemmungen im Winter sorgen. Das geht aus einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimaforschung hervor. Die Landesregierung will dem mit mehreren Maßnahmen wie etwa höheren Deichen oder mehr Grün in den Citys begegnen. Auf gesetzliche Vorgaben will sie aber weiter verzichten, wie der NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) gestern bekräftigte. Er setzte auf freiwillige Vereinbarungen. fu

... Schneemangel im Sauerland im Winter 2005/06. Fotos: Archiv

nen, sich mit größeren Grün- und Wasserflächen gegen den absehbaren Temperaturanstieg in den Innenstädten zu wappnen. Der Regionalverband Ruhr arbeitet an Konzepten, die auf eine Stadtbegrünung setzen.

Klimaforscher halten die Politik der Landesregierung für nicht ausreichend. „Das ist eine Querschnittsaufgabe und muss in der

Staatskanzlei koordiniert werden. Denn es betrifft neben der Umweltpolitik die Bereiche Verkehr, Energie und Bauen gleichermaßen“, sagte Hans-Jochen Luhmann vom Wuppertal Institut.

Kritik gab es auch vom Bund Umwelt und Naturschutz (BUND). „Wir brauchen ein radikales Umsteuern im Energiesektor“, sagte Landeschef Paul

Kröfges. Das Konzept, auf neue Kohlekraftwerke zu setzen, sei ein Irrweg. Auch die Grünen bemängelten, die schwarz-gelbe Koalition habe kein Klimakonzept.

**Haben Sie Angst vor dem Klimawandel? Stimmen Sie ab!**

www.wz-newsline.de  
www.solinger-tageblatt.de  
www.rga-online.de